

Mit Kruse wurde ein Mann zum Ratsvorsitzenden der EKD gewählt, der sich über den Zustand der Volkskirche kaum Illusionen machen dürfte; schließlich ist der Säkularisierungsprozeß kaum irgendwo weiter fortgeschritten als in Berlin. Als Bischof der Stadt hat sich Kruse bisher durch intensiven persönlichen Einsatz in der Verkündigung darum bemüht, den christlichen Glauben und die Kirche zumindest als Angebot präsent zu halten. In einem Interview kurz nach seiner Wahl an die Spitze des Rats der EKD nannte er jetzt als einen Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit, die evangelischen Christen dazu zu befähigen, ihren Glauben auch öffentlich auszusprechen.

Dem fügte er als zweiten Punkt hinzu, die ökumenischen Dinge müßten auf allen Feldern weitergetrieben werden. Kruse gehört seit der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver, bei der er sich als Mitglied der bundesdeutschen Delegation stark engagierte, dem Zentralausschuß des Weltkirchenrats an. Erfahrungen in der *katholisch-evangelischen Ökumene* sammelte er nicht zuletzt als Mitglied der nach dem Papstbesuch konstituierten Gemeinsamen Ökumenischen Kommission: Gemeinsam mit dem Würzburger Bischof *Paul-Werner Scheele* legte er auf der Synodaltagung dieses Frühjahrs in Berlin einen Zwischenbericht über die Kommissionsarbeit vor.

Wichtigste Aufgabe des neuen Ratsvorsitzenden wird es allerdings sein, den deutschen Protestantismus in der *Öffentlichkeit zu repräsentieren* und sich um *Ausgleich* zwischen den verschiedenen Interessen, Gruppen, Flügeln, Landeskirchen und landeskirchlichen Zusammenschlüssen zu bemühen. Anschauungsunterricht für die divergierenden Interessen bot die Wahl des neuen Rats, den ein epd-Kommentar ein „kirchenpolitisches Gesamtkunstwerk“ nannte. Trotzdem ist das Bewußtsein dafür gewachsen, daß die EKD längst mehr ist als ein bloßer organisatorischer Dachverband: In Trier wurde der neue Rat erstmals im Rahmen eines Abendmahlsgottesdienstes am Altar in sein Amt eingeführt. ru

## Antisemitisch?

Es war zu schön, um wahr zu sein: Nach der Rede von Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* zum 40. Jahrestag der Kapitulation am 8. Mai 1945 schienen die Wolken vom jüdisch-deutschen Himmel mit einem Mal wie weggeblasen. Hier war es jemandem gelungen, einen Ton anzuschlagen, den gerade viele Juden angesichts einer Generation von Deutschen, die es sich als Vorzug anrechnen, nicht zu der Generation der Täter zu zählen, schon kaum mehr erwartet hatten.

Daß trotz solcher unzweifelhaften Erfolge in der jüdisch-deutschen Verständigung die Wirklichkeit noch allerhand Unaufgearbeitetes, noch manche Ängste und Ungereimtheiten zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland in Sachen Antisemitismus bereithält, wobei die Grenzen nicht einfach zwischen Juden und Nichtjuden verlaufen –, dies wurde im Zusammenhang mit der von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde Frankfurt vorläufig verhinderten Uraufführung des Theaterstücks von *Rainer Werner Fassbinder*, „Der Müll, die Stadt und der Tod“, nur allzu deutlich. Abgesehen davon, daß der Kampf um das Stück trotz seiner Absetzung vom Spielplan durch den Intendanten des Frankfurter Schauspielhauses, *Günther Rühle*, allenfalls aufgeschoben ist, die Auseinandersetzung in der Sache, nämlich um den Umgang mit Jüdischem und Antisemitischem in der Kunst, wird noch zu führen sein.

Über die Qualität bzw. Nicht-Qualität des Fassbinder-Stückes braucht man eigentlich kein Wort zu verlieren. Als wenn Qualität immer das entscheidende Kriterium wäre ... In einer demokratischen Öffentlichkeit ist es Aufgabe der Kritik, Werk und Inszenierung einer bewertenden Analyse zu unterziehen, wobei es für ein Theater ein legitimes Abwägen gibt zwischen

einer möglichen Zweitrangigkeit eines Stückes und dem Interesse an einem Thema. Vor diesem Hintergrund ist es zu bedauern, daß das Stück nicht zur Aufführung für eine größere Öffentlichkeit kam. Wo die Verbreitung und Aufführung von künstlerischen Werken nur verhindert wird, ist in der Sache oftmals nicht viel gewonnen. Resentiments laden sich dadurch eher auf, als daß man sie abbaut. Die Vergangenheit des Verhältnisses von Kunst und Katholizismus hielte da einige Beispiele bereit.

Das zentrale Argument der jüdischen Bürger, die die Aufführung des Fassbinder-Stückes verhinderten, war der entschlossene Wille, dieses Mal rechtzeitig genug sich zu Wort zu melden, Alarm zu schlagen gegen etwas, was man für antisemitisch hält. Die große Frage von Juden an die Zeit nationalsozialistischer Terrorherrschaft in Deutschland ist bis heute: Warum haben wir uns nicht mehr gewehrt, rechtzeitig, zu einem Zeitpunkt also, zu dem vielleicht noch etwas zu machen gewesen wäre?

Fassbinders „reicher Jude“ und der neonazistische Zeug schwafelnde „Hans von Gluck“ überschreiten für die Gegner der Aufführung den Grad dessen, was in Deutschland vierzig Jahre nach Kriegsende noch als erträglich anzusehen ist. In dieser Beurteilung steht letztlich Meinung gegen Meinung. Gefühlsmäßiges spielt hier eine große Rolle. Angesichts von Angst und Schmerz, zumal von Juden, versagen alle gutgemeinten Gegenargumente.

Und dennoch wird man nicht einfach in den Chor derjenigen einstimmen können, die den Eindruck erwecken, als könne ein „guter“ Deutscher, ob Jude oder Nichtjude, nur für die Absetzung bzw. Verhinderung des Stückes eintreten. Verwunderte es nicht zu sehen, wie manch einer am Abend der beabsichtigten Uraufführung Verständnis fand für Formen des zivilen Ungehorsams, während er vor noch gar nicht langer Zeit an den Toren des Militärlagers von Mutlangen die bundesdeutsche Rechtsordnung in Gefahr sah? Brach hier nicht doch auch wieder eine für Deutsche nicht untypische



Haltung durch, Probleme dadurch lösen zu wollen, indem man Verbote ausspricht und Veröffentlichung verhindert? Muß in einem Theater nicht mehr möglich sein, als in einem Parteiprogramm zu dulden wäre? Mit der Befürchtung, Gezeigtes und Veröffentlichtes könnte mißverstanden werden bzw. Wasser auf die Mühlen der Falschen lenken, ließe sich vieles verhindern.

Antisemiten auf die Bühne zu bringen muß zunächst noch nicht antisemitisch sein. Eine Person auf die Bühne zu bringen, die „reicher Jude“ heißt, im Grunde auch nicht. Das christliche Mittelalter benutzte die Juden, um sich selbst angesichts des Zinsverbotes nicht zu beschmutzen, aber dennoch auf die Vorteile der Zinsbewirtschaftung nicht verzichten zu müssen. Der „reiche Jude“ bei Fassbinder ist ein literarisches Topos für die Ausbeutung dessen, der selbst als Ausbeuter dasteht. Kann man den Topos vom „reichen Juden“, so sehr er auch auf seine historische Wirkung hin durchschaut ist, aus dem Fundus von Topoi und Stereotypen der Sprache einfach verbannen?

nt

## Kampfobjekt

Seit einiger Zeit tun die sandinistischen Comandantes in *Nicaragua* so rein gar nichts, was sie als aufrechte Demokraten ausweisen könnte. Nun haben sie für die Dauer eines ganzen Jahres den Notzustand über das Land verhängt, die Grundrechte für das 3-Millionen-Volk weitgehend ausgesetzt. Ihre Innenpolitik ist repressiv geworden, ihre Wirtschaftspolitik von Mißerfolgen gekennzeichnet, die Außenpolitik aus Not und wohl auch aus Neigung zunehmend prosowjetisch. Sie beschimpfen ihre innen- und außenpolitischen Gegner – Kirchenführer nicht ausgenommen – und zeigen sich arrogant im Umgang, was den hemdsärmeligen Revolutionären besonders schlecht steht. Nicht gerade

das also, was man sich unter den ersten Dienern eines Staates vorstellt.

Nun wollte CDU-Generalsekretär *Heiner Geißler* die deutsche Öffentlichkeit mit dem „Nicaragua-Report“ (am 29. Oktober in Bonn) über die „wahre Lage“ in dem mittelamerikanischen Land informieren. Was notwendig sei, so Geißler, weil das sandinistische Regime mit seinem Propagandaapparat die weltweite Berichterstattung beherrsche. Vor allem in der Bundesrepublik und in Europa werde einseitig berichtet, Fakten würden verschwiegen oder verfälscht. Die Medien hätten eine „Mauer des Schweigens“ um die Zustände in Nicaragua errichtet.

Ist dem wirklich so? Desinformation, Schönfärberei für das sandinistische Regime hat es gegeben, in einigen Rundfunkanstalten mehr als in der Presse. Aber doch nicht nur! Jeder halbwegs aufmerksame Zeitungsleser hat in den letzten drei Jahren die politischen (Fehl-) Entwicklungen in Nicaragua verfolgen können. Anhand einer Vielzahl von Nachrichten, die sich an Fakten hielten, und über Trendberichte. Die zogen eher – in ganz anderer Richtung als die von Geißler beklagte – immer wieder einmal den zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden und düsteren Schluß, das Abgleiten Nicaraguas in den Totalitarismus und seine Integration in den östlichen Machtbereich sei wenn nicht eine Tatsache, so doch vorauszusehen. Wer beim Zeitungslesen bedachte, daß Informationen überhaupt höchst selten rücksichtslos im eigentlichen Sinn des Wortes gegeben werden, konnte sich auch aus widersprüchlichen Meldungen ein Bild über die Lage in Nicaragua machen.

Wozu also die Geißlersche Informationsveranstaltung? Sie sollte dazu beitragen, „einer undemokratischen und die Menschenrechte verletzenden Regierung internationale Unterstützung zu entziehen“. Da tut sich denn für die Union ein weites Feld auf. Zweifellos gehören Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie begangen werden, an den öffentlichen Pranger. Aber auf dem lateinamerikanischen Kontinent und gleich in der Nachbar-

schaft Nicaraguas findet sich weit Schlimmeres. Nicht einmal die der Verharmlosung unverdächtigen Schilderungen des seit Jahren im Exil lebenden *Esteban Gonzales* von der Unabhängigen Menschenrechtsorganisation Nicaraguas CPDH reichen nur annähernd an das heran, was die zivile Bevölkerung in Guatemala und – nach wie vor – auch in El Salvador erleiden muß.

Daß der CDU-Generalsekretär die Sozialistische Internationale wegen ihrer Unterstützung für das sandinistische Regime als Angriffsziel wählte („Nicaragua wird von der Kommunistischen und von der Sozialistischen Internationale zu einem Kampfobjekt gegen die Vereinigten Staaten instrumentalisiert“), die auch in der CDU umstrittene Rolle der USA aber aussparte, kann kaum mit dem Kriterium unterschiedlicher Bedeutsamkeit begründet werden. Allein dem Verdacht, hier werde mit Menschenrechten Politik (und noch dazu Parteipolitik) gemacht, hätte sich die CDU nicht aussetzen sollen. Eine weniger ideologische, dafür etwas breitere geographische Basis – mit den Nachbarländern Guatemala und El Salvador erreicht Nicaragua die Flächengröße der Bundesrepublik – hätte dem Anliegen Menschenrechte nicht geschadet, im Gegenteil. So ist der Eindruck entstanden, das von innen und außen stark bedrängte sandinistische Regime solle auch von hier aus noch ein wenig destabilisiert werden.

Der zum „Report“ geladene nicaraguanische Oppositionspolitiker *Augustín Jarquín Anaya* beklagte in einem für den Bundesvorstand der Jungen Union verfaßten Lagebericht die wenig tatkräftige Unterstützung der bürgerlichen Opposition in Nicaragua durch die westlichen Länder. Es fehle an Solidaritätsbeweisen, wie sie etwa die sandinistischen Jugendorganisationen aus dem Ostblock und auch aus dem Westen erführen. Solche Gesten wären möglich und sinnvoll, wenn auch nicht spektakulär. Destabilisieren ist ein schmutziges Geschäft und ein fragwürdiges politisches Mittel, das zudem im Fall Nicaragua bereits militärisch und damit mehr als ausreichend angewendet wird.

bu